



26. April 2010

Pflegekammern sind überflüssig

Immer wieder gibt es Aktivitäten in den Ländern, Pflegekammern für Pflegeberufe zu errichten. Aktuell derzeit in Niedersachsen. Die Oppositionsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und die SPD haben jeweils Gesetzesentwürfe in den Landtag eingebracht. Der Gesundheitsausschuss plant am 12. Mai 2010 eine Anhörung. Dazu ein Interview mit Gerd Dielmann, Bereichsleiter Berufspolitik, Fachbereich 3, ver.di Bundesverwaltung.

Es entsteht der Eindruck, dass alle Jahre wieder - wie Weihnachten - die Diskussion um die Kammer für Pflegeberufe aufkommt. Das Pro und Contra ist längst ausgetauscht. Warum aber gibt es immer wieder diese politischen Initiativen?

Dielmann: Seit einigen Jahren wird die Diskussion um die Errichtung von Pflegekammern geführt. Die dabei vorgetragenen Gründe der Kammerbefürworter/-innen wiederholen sich. Es kommen kaum neue Gesichtspunkte hinzu. Die in erster Linie zuständigen Länderparlamente zeigen sich von den Forderungen bislang unbeeindruckt, obwohl diese Vorschläge gut in die bei fast allen Parteien vorherrschenden Deregulierungskonzepte passen würden. Allenfalls Oppositionsparteien, gleich welcher Couleur, nehmen sich gelegentlich - in der Hoffnung auf Wählerstimmen - der Thematik an, um sie dann in der Regierungsverantwortung ebenso schnell wieder zu vergessen.

Welche Argumente für eine Kammer der Pflegeberufe gibt es?

Dielmann: Häufig genannte Gründe für die Errichtung von Kammern sind: Die Pflegeberufe sollten sich zur Profession entwickeln und bedürften deshalb der beruflichen Selbstverwaltung durch Kammern. Den Kammern sollen dann hoheitliche Aufgaben übertragen werden, wie Regelung von Aus- und Weiterbildung, berufsrechtliche Disziplinargewalt, Überwachung der Qualität der Berufsausübung. Sie diene den Interessen der Pflegebedürftigen, schütze sie vor unsachgemäßer Pflege und sichere deren Qualität. Darüber hinaus wird Kammern eine stärkere politische Einflussnahme zugesprochen. In jüngerer Zeit wird verstärkt auch mit dem geringen Organisationsgrad der Pflegeberufe argumentiert, der durch eine Pflichtmitgliedschaft zweifellos verbessert und den Verbandsfunktionären erhebliche Finanzmittel zur Verfügung stellen würde.

Was hältst du als Angehöriger des Berufsstandes und berufspolitischer Experte in ver.di zur Professionalisierung der Pflegeberufe dagegen für erforderlich?

ver.di Gesundheitspolitik, Bundesfachbereich Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
Kontakt: Gabriele Feld-Fritz, ver.di Bundesverwaltung, Ressort 9, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
e-mail gabriele.feld-fritz@verdi.de



Gesundheit, Soziale Dienste
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



Dielmann: Angesichts der Tatsache, dass vor allem in ambulanten Pflegediensten und in der stationären Altenhilfe berufliche Pflege oft zu mehr als fünfzig Prozent von un- und angelernten Pflegekräften ausgeübt wird, erscheint die ganze Professionalisierungsdebatte - im Sinne der Entwicklung zur Profession mit den Merkmalen universitäre Ausbildung, spezialisiertes Wissen, Handlungsmonopol usw. - ziemlich realitätsfern. Angesagt wäre eher eine Verberuflichung von Pflege, in dem Sinne, dass jene Pflege, die gegen Entgelt ausgeübt wird, nur noch von Fachkräften mit entsprechender Berufsausbildung geleistet werden darf. Damit würde ein deutlicher Schritt zur Verbesserung von Pflegequalität und zur Sicherung der Beruflichkeit getan.

Können Kammern Interessenverwalter für Pflegebedürftige und Patient/innen sein, wie dies die Befürworter häufig vortragen?

Dielmann: In einem demokratischen Staat werden die Interessen der Bürgerinnen und Bürger durch von ihnen gewählte demokratische Organe und einer diesen Organen verpflichteten bürgernahen Verwaltung gewährleistet. Die Interessenvertretung der Pflegebedürftigen und Patient/innen können nach diesem Verständnis nicht stellvertretend durch Berufsstände in deren jeweiligen Tätigkeitsfeldern erfolgen. Die Leistungserbringer sind nicht legitimiert, die Interessen der Pflegebedürftigen zu vertreten. Warum sollten sie auch von ihren Partikularinteressen absehen und sich dem Gemeinwohl unterordnen? Schutz und Sicherheit der Bevölkerung vor unqualifizierter oder schlechter Pflege wird nicht durch berufsständische Selbstkontrolle erreicht. Vielmehr bedarf es gesetzlicher Rahmenbedingungen, die Finanzierung, Qualifikation und Qualitätssicherung garantieren. In meiner Sichtweise werde ich bestärkt, wenn ich wahrnehme, dass z.B. die Marseille-Kliniken, ein börsennotierter Pflegeheimkonzern, unter der Überschrift „freiwillige Registrierung von Pflegekräften“ seine Pflegebeschäftigten zwangsweise in einer Registrierungsstelle beim Berufsverband anmeldet im Vorgriff auf die erhoffte Pflegekammer. Diese „Kooperation“ der Leistungserbringer hat einen mehr als schlechten Beigeschmack und macht deutlich, dass es im Gegenteil erforderlich ist, die Abnehmer der Dienstleistungen vor den Anbietern besonders zu schützen und an der Gestaltung der Sozial- und Gesundheitsdienste selbst zu beteiligen z.B. durch Patientenberatungsstellen, Mitwirkung in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen u.ä.

Wie bewertest du die Wirkungen, wenn das Disziplinarrecht einem Berufsstand selbst überlassen wird?



Gesundheit, Soziale Dienste
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



Dielmann: Die korrekte Berufsausübung bedarf der gesellschaftlichen Kontrolle und unabhängiger - von Interessenskollisionen freier - Gerichte, welche die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften zu überwachen haben. Das Disziplinarrecht dem Berufsstand selber zu überlassen heißt, den Bock zum Gärtner zu machen. Am Beispiel der Ärzteschaft lässt sich sehr gut nachvollziehen, wie selten dort wirklich disziplinarrechtlich durchgegriffen wird. In der Regel bleibt es den ordentlichen Gerichten überlassen, Betroffenen zu ihrem Recht zu verhelfen und auch die Gesellschaft vor unzuverlässigen Berufsangehörigen zu schützen.

Pflichtmitgliedschaft in einer Kammer, könnte das denn das Engagement der Berufsangehörigen verbessern?

Dielmann: Eine Pflichtmitgliedschaft würde dem unzureichenden Engagement in beruflichen Angelegenheiten nicht abhelfen, denn wer sich nicht freiwillig engagiert, wird es erst recht nicht in einer Zwangskörperschaft tun. Es würde allenfalls durch die Pflichtbeiträge ein bürokratischer Apparat finanziert, der hauptamtlichen Kammerfunktionären ein Tummelfeld eröffnet, wo sonst staatliche Stellen, die aus Steuerermitteln finanziert werden, tätig werden müssten. So gesehen heißt Verkammerung auch Privatisierung öffentlicher Aufgaben zu Lasten der Berufsangehörigen. Die Entlastung der staatlichen Verwaltung kann aber doch nicht das vorrangige Ziel der Berufsangehörigen sein, wenn sie mit den dadurch entstehenden Kosten durch Kammerbeiträge zusätzlich belastet werden. Diese Lastenverschiebung widerspricht auch dem Grundsatz der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die pflegerische Versorgung.

Berufsbildungsrecht und Berufsausbildungsrecht sollen also staatliche Aufgaben bleiben?

Dielmann: Ein klares Ja. Denn Berufsbildungsrecht und Berufsausübungsrecht sind staatliche Aufgaben, die einer demokratischen Legitimation der gesamten Bevölkerung bedürfen. Sie können nicht der jeweiligen Berufsgruppe überlassen werden. Hier sind vorrangig gesellschaftliche Interessen zu berücksichtigen und nicht die einzelner Berufsstände. Selbst die ärztliche Ausbildung ist durch Bundesgesetz - Bundesärzteordnung und die Approbationsordnung für Ärzte - geregelt. Die Rahmenbedingungen für die ärztliche Weiterbildung unterliegen dem Landesrecht, das schließt die Rechtsaufsicht über die von den Landesärztekammern erlassenen Weiterbildungsordnungen ein. Ein Blick in diese Weiterbildungsordnungen und das damit verbundene Qualifizierungsverfahren zum



Gesundheit, Soziale Dienste
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



"Gebietsarzt" - Facharzt - lehrt uns, dass berufliche Selbstverwaltung nicht automatisch mit hohen Qualitätsstandards einhergehen muss.

Bringen Kammern für die Berufsgruppen mehr Durchsetzungskraft gegenüber der Politik?

Dielmann: Die Einbindung des Sachverstands einer Berufsgruppe in staatliche Entscheidungsprozesse ist schon jetzt möglich. Und es ist ja keineswegs so, dass sich der gesamte berufliche Sachverstand bei den Kammerfunktionären versammelt. Auch führt eine Kammer gegenüber der Politik nicht zwangsläufig zu einheitlicher Stärke. Kammern unterliegen dem Landesrecht, es gäbe also so viele Kammern wie Bundesländer, die die jeweiligen Kräfteverhältnisse der einzelnen Kammerfraktionen widerspiegeln. Minderheiten hätten kaum eine Chance, sich öffentliches Gehör zu verschaffen. Die Bedeutung der Bundesärztekammer e.V. als Sprachrohr der Ärzteschaft resultiert nicht aus ihrer Kammereigenschaft, die sie ja nicht hat, sondern aus der gesellschaftlichen Bedeutung, die der Ärzteschaft gemeinhin zugemessen wird. Oder hat schon mal jemand von Verlautbarungen der Steuerberaterkammern gehört?

Wie sieht dein Fazit aus zur Frage: Kammer für Pflegeberufe – ja oder nein?

Dielmann: Neben den bereits genannten Gründen, steht der finanzielle und organisatorische Aufwand, der mit der Einrichtung von Pflegekammern als Anstalten öffentlichen Rechts, mit Pflichtmitgliedschaft für alle Berufsangehörigen verbunden wäre, in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen. Deshalb mein Fazit: Lasst die hoheitlichen Aufgaben da wo sie sind und hingehören. Verbessert und verstärkt die pflegerische Interessenvertretung in Berufsverbänden, Gewerkschaften und politischen Gremien. Verschont uns mit weiteren Kammern, lasst sie auf dem „Müllhaufen“ der Geschichte, wo sie als Einrichtungen der Stände und Zünfte auch hingehören. Pflegekammern sind überflüssig.



Gesundheit, Soziale Dienste
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft





Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name

Vorname/Titel

Straße/Hausnr.

PLZ

Wohnort

Geburtsdatum

Telefon

E-Mail

Staatsangehörigkeit

Geschlecht ☐ weiblich ☐ männlich

Beschäftigungsdaten

- ☐ Arbeiter/in ☐ Angestellte/r
☐ Beamter/in ☐ DO-Angestellte/r
☐ Selbstständige/r ☐ freie/r Mitarbeiter/in
- ☐ Vollzeit
☐ Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.
☐ Erwerbslos
☐ Wehr-/Zivildienst bis _____
☐ Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____
☐ Schüler/in-Student/in bis (ohne Arbeitseinkommen) _____
☐ Praktikant/in bis _____
☐ Altersteilzeit bis _____
☐ Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße/Hausnummer im Betrieb

PLZ

Ort

Personalnummer im Betrieb

Branche

ausgeübte Tätigkeit

☐ ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

zur Monatsmitte ☐ zum Monatsende ☐

☐ monatlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich ☐ jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen. *(nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort)

Bankleitzahl Kontonummer

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben)

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in

Tarifvertrag

Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe

regelmäßiger monatlicher

Bruttoverdienst Euro _____

Monatsbeitrag: Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruhestandler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden.

Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift

Werber/in:

Name

Vorname

Telefon

Mitgliedsnummer